

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 5

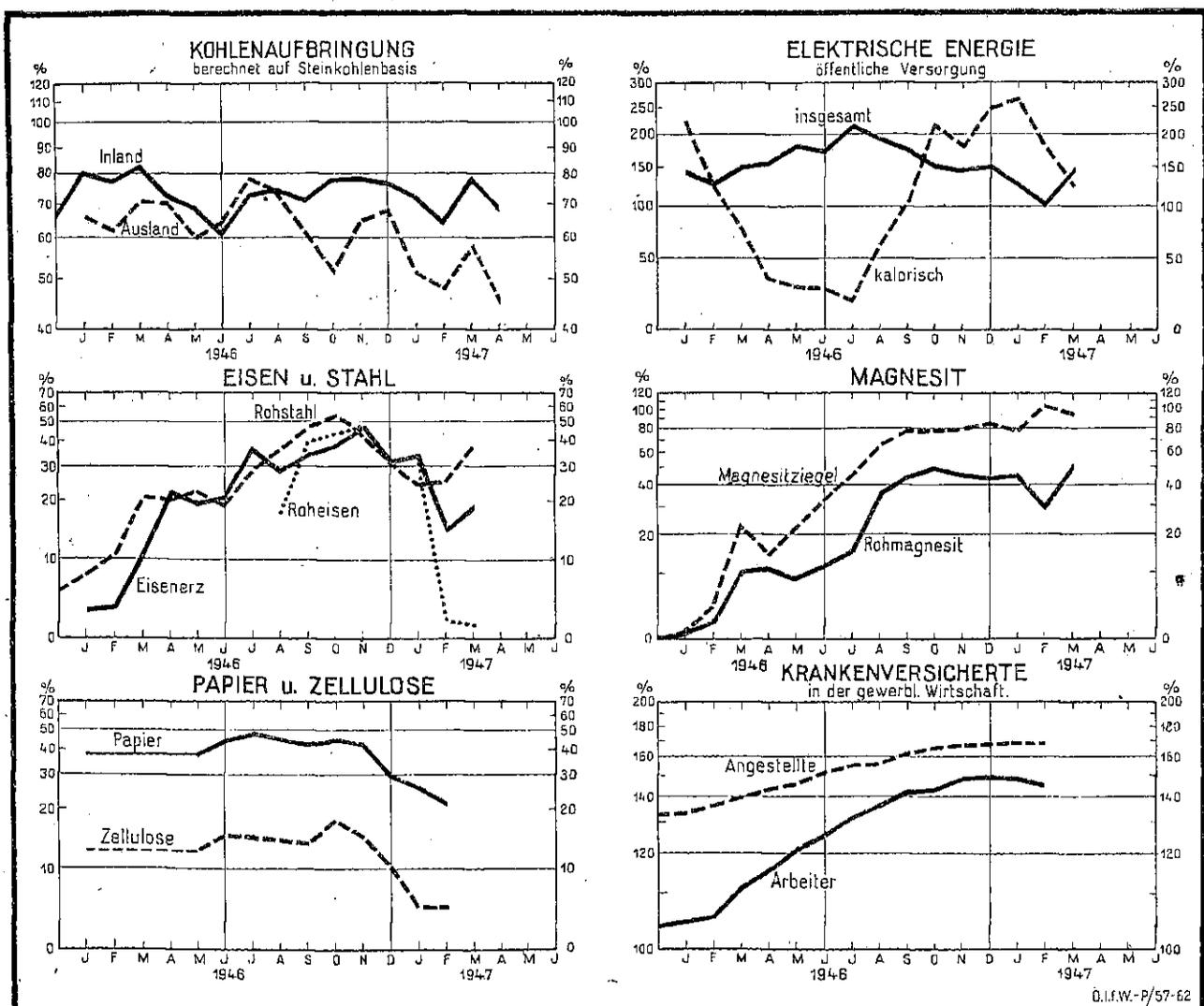
Abgeschlossen am 15. Mai 1947

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Das Scheitern der *Moskauer Konferenz* stellt die österreichische Wirtschaft vor neue schwierige Aufgaben. Die Entscheidung über grundlegende Wirtschaftsfragen, die nur durch den Staatsvertrag gelöst werden können, wurde wieder hinausgeschoben und die Wirtschaft wird durch

die Besatzungstruppen auf unbestimmte Zeit weiter belastet. Die unbefriedigende Lage auf fast allen Wirtschaftsgebieten und die zunehmenden sozialen Spannungen drängen jedoch zu wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die nicht mehr bis zum Abschluß des Staatsvertrages oder gar bis zum

Zur Entwicklung der gewerblichen Produktion (Logarithmischer Maßstab; $\emptyset 1937 = 100$)



Ö.I.F.W.-P/57-62

Abzug der Besatzungstruppen aufgeschoben werden können. Für die österreichische Wirtschaftsführung stellt sich nun die schwierige Frage, auf welchen Gebieten Teillösungen schwebender wirtschaftlicher Probleme gefunden werden können, die trotz störender Einflüsse aus den nicht dem österreichischen Einfluß unterliegenden Wirtschaftsbereichen Erfolg versprechen.

Leichte Erholung der gewerblichen Produktion

Die gewerbliche Produktion hat sich im April im ganzen gesehen weiter erholt. Allerdings war die Entwicklung sehr uneinheitlich. Während einige Industrien ihre Produktion wesentlich verbesserten, litten andere nach wie vor unter starken Produktionshemmnissen und kamen auch im April bei weitem nicht an die Leistungen im Herbst des vergangenen Jahres heran. Gute Fortschritte erzielte vor allem die eisenerzeugende Industrie durch das Wiederanblasen des Hochofens in Donawitz. Im April wurden bereits wieder rund 12.000 t Roheisen und rund 26.000 t Rohstahl erzeugt, gegenüber 4.322 t und 15.816 t im Monatsdurchschnitt des I. Quartals 1947. Die Walzwerksproduktion erreichte mit rund 19.000 t sogar den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Auch in der Glasindustrie und in der Lederindustrie wurden die Leistungen des Vormonats wesentlich überschritten. Für das Wiederanlaufen der weiterverarbeitenden Industrien war die Produktionsdauer in den vorgelagerten Industrien von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Schuhindustrie konnte bereits im April die vorgesehenen Lederzuteilungen erhalten und rund 130.000 Paar Schuhe erzeugen. Demgegenüber wirkt der Ausfall der Eisenerzeugung in den Wintermonaten in den eisenverarbeitenden Industrien bedeutend länger nach. Bei der Zuteilung der Eisenmarken für das II. Quartal 1947 konnten daher nur bevorzugte Produktionsprogramme berücksichtigt werden. Besonders empfindlich machte sich der Mangel an Feiblechen durch den Ausfall der Schmiedhütte in Krems geltend. Die äußerst geringen Kohlenzuteilungen (im April wurden der Industrie nur rund 103.300 t Kohle gegenüber einem Minimalbedarf von 140.000 t zugewiesen) lähmten vor allem die Produktion in der Baustoffindustrie, deren Produktionsaufnahme zum Teil noch weiter hinausgeschoben werden mußte, in den Gießereien und in einigen Zweigen der chemischen und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. In der Holzverarbeitenden Industrie wirkten sich die schwebenden Verhandlungen über neue Preiserhöhungen hemmend aus. Im allgemeinen zeigte sich die

Tendenz, die Exportindustrien bevorzugt mit Rohstoffen und Kohle zu versorgen. Diese Politik müßte zu einer bedeutenden Steigerung der Ausfuhr führen und das Mißverhältnis zwischen Produktion und Ausfuhr (im Jahre 1946 erreichte die gewerbliche Produktion rund ein Drittel des Vorkriegsniveaus, das Ausfuhrvolumen dagegen real nur etwa 8% des Jahres 1937) allmählich beseitigen, sofern nicht die Exportindustrien durch Kostenerhöhungen ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen.

Trotz hoher Leistung der Wasserkraftwerke angespannte Stromversorgung

Die Wiederbelebung der gewerblichen Produktion ist in erster Linie auf die Besserung der Stromversorgung zurückzuführen. Die Leistungen der Wasserkraftwerke sind im April durch die Schneeschmelze weiter auf 246 Mill. kWh gestiegen, so daß trotz verminderter Erzeugung der Dampfkraftwerke (11 Mill. kWh gegenüber 32 Mill. kWh im März) die Stromerzeugung gegenüber März um 40 Mill. kWh gestiegen ist. Mit der Aufhebung der Energiesparmaßnahmen stieg der Bedarf sowohl der Industrie als auch der Haushalte und der sonstigen Bedarfsträger stark an und das Verbundnetz war trotz erhöhter Stromabgabe voll ausgelastet.

Als daher anfangs Mai die Leistung der Wasserkraftwerke vorübergehend zurückging, da die Schneeschmelze im wesentlichen beendet war und die Schmelze der Gletscher sich erst ab Mitte Mai auswirken wird, traten neuerlich Stromversorgungsschwierigkeiten auf. Allerdings spielt hierbei eine wesentliche Rolle, daß die Betriebe fast durchwegs einschichtig arbeiten und daher in der Frühe und am Vormittag außergewöhnliche Belastungsspitzen auftreten, die durch kalorische Werke infolge des Mangels an Kohle nicht gedeckt werden können. Die Betriebe mußten daher aufgefordert werden, ihre Arbeitszeit in die Nachmittagsstunden und auf das Wochenende zu verlegen.

Neuerlicher Rückgang der Kohlenversorgung — akute Steinkohlenkrise

Die Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit Kohle verschlechterte sich im April durch den Rückgang der inländischen Kohlenproduktion und der ausländischen Steinkohlenlieferungen neuerdings. Mit 245.600 t (auf Steinkohlenbasis) war die Kohlenversorgung im April um 19,8% geringer als im März.

Die inländische Braunkohlenförderung sank vor allem infolge der Osterfeiertage von 257.800 t

im März (rund 96% der Monatsproduktion des Jahres 1937) auf rund 235.000 t im April.

Desgleichen ging die *Steinkohleneinfuhr* im April um 40% zurück, da die polnischen Kohlenlieferungen im April eingestellt wurden (nur eine kleine Menge wurde im März nachgeliefert) und auch die Ruhrkohlenlieferungen stark hinter den zugesagten Mengen zurückblieben. Mit 65.900 t war die Gesamteinfuhr an Steinkohle im April die niedrigste seit Beginn des Jahres 1946.

Vom österreichischen Steinkohlenbergbau in Grünbach fehlen seit April die Produktionsmeldungen.

Der Kohlenplan für April wurde für Braunkohle trotz des Rückganges der inländischen Förderung infolge erhöhter Einfuhren aus Ungarn und Jugoslawien mit 102%, für Steinkohle dagegen mit etwas weniger als 50% erfüllt. Der Ausfall an Steinkohle hätte auch durch wesentlich höhere Braunkohlenlieferungen nicht ausgeglichen werden können, da einige Betriebe, wie die Gaswerke, die Linzer Kokerei und die Eisenbahnen nur Steinkohle verwenden können, während in der Lebensmittelindustrie, in der Baustoffindustrie und in der Papierindustrie zumindest ein Teil des Kohlenbedarfes in Form von Steinkohle gedeckt werden muß. Infolge der geringen Steinkohlenlieferungen mußten vor allem die Zuteilungen an die Bahnen und das Wiener Gaswerk (der Tagesdurchsatz beträgt zur Zeit nur 350 t gegenüber einem Normalbedarf von 1000 t) stark gekürzt werden, während die Belieferung der Koksbatte in Linz nur unter großen Schwierigkeiten gesichert werden konnte.

Wesentliche Besserung der Kohlenversorgung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten

Die Aussichten für eine wesentliche Besserung der Kohlenversorgung in den nächsten Monaten sind gering. Im heimischen *Braunkohlenbergbau* ist aus verschiedenen Gründen in den Sommermonaten mit einem Rückgang der Förderung zu rechnen, so daß auch in den kommenden Monaten die Aprilleistung vermutlich nicht überschritten werden dürfte. Im Winter waren im Bergbau zusätzliche Arbeiter aus der Landwirtschaft, aus den stillgelegten Betrieben sowie aus den Verkehrsbetrieben beschäftigt, die nun im Frühjahr wieder in ihre angestammten Berufe zurückkehren. Weiters können die Urlaube, die im Winter im Interesse der Erhöhung der Förderung zurückgestellt wurden, nunmehr nicht mehr länger aufgeschoben werden und ein relativ großer Teil der Belegschaft fällt durch Urlaub aus. Auch die schlechten Ernährungsverhältnisse der Bergarbeiter — eine Verbesserung der Rationen konnte bisher bei den

Alliierten nicht durchgesetzt werden — hemmen die Leistungen. Nach den Erfahrungen des letzten Sommers ist damit zu rechnen, daß viele Bergarbeiter des öfteren von ihren Arbeitsstätten fernbleiben und sich durch Aushilfsarbeiten bei Bauern zusätzliche Lebensmittel verdienen. Der hierdurch entstehende Schichtausfall läßt sich zwar zahlenmäßig nicht erfassen, wird aber ziemlich hoch geschätzt. Schließlich wurde die Prämienaktion für Bergarbeiter, mit Ausnahme der Zigarettenzuteilungen, Ende April vorläufig beendet. Es ist zu befürchten, daß sich die Einstellung der Prämienaktion sowohl auf die persönliche Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters als auch auf die Zahl der im Bergbau Beschäftigten ungünstig auswirken wird.

Weitaus wichtiger als der Rückgang der heimischen Braunkohlenförderung ist jedoch, daß die *Steinkohleneinfuhren* in den nächsten Monaten voraussichtlich nicht ausreichen werden, um auch nur den dringendsten Bedarf zu decken. Durch das *Schweden-Geschäft* wird zwar der Bedarf für den Hochofen in Linz befriedigt, eine wesentliche Erleichterung der übrigen Kohlenwirtschaft ist dadurch jedoch in der nächsten Zeit noch nicht zu erwarten, weil die Lieferungen erst einige Zeit laufen müssen, bevor freie Devisen verfügbar sind, mit denen Kohle eingekauft werden kann.

Mit *Polen* sind die Verhandlungen in Warschau noch nicht abgeschlossen. Es ist jedoch frühestens im August, nachdem Österreich seine bisherigen Schulden in Form von Warenlieferungen abgedeckt hat, mit größeren Kohlenlieferungen im Umfang von monatlich etwa 50.000 bis 60.000 t zu rechnen.

Österreich ist daher wie bisher auch in den nächsten Monaten weitgehend auf die Kohlenlieferung aus dem *Ruhrgebiet* angewiesen. Diese sind jedoch im Mai in der ersten Dekade erheblich hinter dem Lieferungssoll zurückgeblieben und es ist noch unbestimmt, ob in den nächsten Monaten mit erhöhten Lieferungen gerechnet werden darf. Selbst bei erhöhten Bezugsmöglichkeiten aus Polen ist die Ruhrkohle für die österreichische Eisengewinnung unentbehrlich, da die Kokerei in Linz auf Koks-kohle aus dem Ruhrgebiet eingestellt ist und polnische Steinkohle nur zu einem kleinen Teil verwerten kann. Die im Rahmen des Schweden-Geschäftes an die Hütte Linz aus Polen gelieferte Kohle muß daher gegen Ruhrkohle umgetauscht werden. Für den Monat Mai sind aus der Ruhr 54.000 t Koks-kohle zugesichert worden, die mehr als ausreichen würden, um den Bedarf zweier Koks-batterien in Linz mit rund 45.000 t zu decken. Sollten jedoch wie im April die Lieferungszusagen

nicht eingehalten werden, so besteht die Gefahr, daß die Ruhrkohle in erster Linie zur Erfüllung des Schweden-Geschäftes, für das bestimmte Liefertermine festgelegt sind, herangezogen werden muß und damit dem für die österreichische eisenverarbeitende Industrie lebenswichtigen Hochofen in Donawitz nicht die zum Betrieb notwendigen Koks mengen zugeteilt werden können.

Die Gefahr einer neuerlichen Energiekrise im nächsten Winter

Wenn im nächsten Winter eine neuerliche Energiekatastrophe verhindert werden soll, muß bis zum Herbst ein Kohlenvorrat von rund 500.000 t (Steinkohlenbasis) geschaffen werden, während gegenwärtig nur etwa 150.000 t vorrätig sind. Es wäre daher notwendig, daß aus den verfügbaren Kohlenlieferungen monatlich etwa 70.000 t Kohle zur Vorratsbildung abgezweigt werden. Eine einigermaßen normal funktionierende Wirtschaft mit einem Produktionsprogramm, das etwa den Betrieb von drei Hochöfen, volle Kapazitätsausnutzung der Papierindustrie und eine eingeschränkte Produktion der Baustoffindustrie entsprechend den vorhandenen Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln vorsieht, würde einschließlich der Vorratsbildung nach ungefähren Schätzungen etwa 600.000 t Kohle monatlich (Steinkohlenbasis) benötigen. Selbst für ein eingeschränktes Produktionsprogramm — zwei

Hochöfen, Baustoffindustrie Sonderstufe I, eingeschränktes Erzeugungsprogramm der Papierindustrie und verminderte Zuteilungen an alle übrigen Bedarfsträger — müßten einschließlich der Bevorratung etwa 500.000 t Kohle monatlich zur Verfügung stehen. Es ist auffallend, daß der Kohlenbedarf für dieses eingeschränkte Erzeugungsprogramm, das keineswegs die Produktion des Jahres 1937 ermöglicht, infolge unrationeller Kohlenverwendung mit etwa 430.000 t (unter Vernachlässigung der Vorratsbildung) etwa so hoch ist wie der Monatsverbrauch im Jahre 1937.

Aus den Angaben über die zu erwartenden Kohlenlieferungen in den nächsten Monaten geht eindeutig hervor, daß selbst der Kohlenbedarf für das eingeschränkte Erzeugungsprogramm nicht gedeckt werden kann, wenn Österreich nicht zusätzliche Kredite zum Einkauf von Kohle erhält. Im Monat April wurde mit 245.600 t nicht einmal die Hälfte dieses Bedarfes gedeckt. Es zeigt sich also bereits heute, daß abgesehen von allen anderen Produktionshemmnissen, allein durch die Kohlenknappheit der Ausdehnung der Produktion sehr enge Grenzen gesetzt sind und daß die österreichische Wirtschaft im nächsten Winter einer neuen, in ihren Auswirkungen noch schwerwiegenderen Krise entgegengeht, wenn die Kohlenversorgung nicht rechtzeitig wesentlich gebessert werden kann.

Zur internationalen Wirtschaftslage

Preistendenzen auf den internationalen Warenmärkten

Der gewaltige Warenhunger einer an den Wiederaufbau schreitenden Welt macht sich — wie nicht anders zu erwarten — mit besonderer Stärke auf den Märkten für *Nahrungsmittel* und *Rohstoffe* bemerkbar. Die starke Nachfrage ließ diese Preise weit über das generelle Niveau der Großhandelspreise ansteigen, dessen Erhöhung sich diesmal in den Großstaaten in engeren Grenzen hielt als nach dem ersten Weltkrieg. So stieg der amerikanische Großhandelspreisindex um 85 % gegenüber der Vorkriegszeit (126 % zwischen 1913 und 1920), der Weizenpreis dagegen, der zum erstenmal seit 1920 wieder den enormen Preis von fast 10 Dollar pro Zentner erreicht hat, um 280 %.

Ähnlich steht es mit den anderen Erzeugnissen der Urproduktion. Für Zinn ist der Preis um 90 % höher als bei Kriegsbeginn, für Kupfer um 105 %, für Baumwolle um 294 % und für Kakao sogar um 570 %.

Der stärkere Auftrieb der Preise für die Urprodukte ist ein bekanntes Symptom einer Periode

der Knappheit und des Konjunkturaufschwunges und wird diesmal durch die Aufhebung der Preiskontrolle in den Ländern des amerikanischen Kontinents, die heute vorwiegend für die Lieferung dieser Waren in Betracht kommen, noch verschärft. Auch die Rückkehr vom Großeinkauf durch Regierungsstellen, UNRRA und ähnlichen Körperschaften zum privaten Handel hat durch die damit verbundene Beseitigung des Nachfragemonopols die Stellung der Produzenten gestärkt.

Noch sind nicht auf allen Gebieten Nachfrage und Angebot zur vollen Herrschaft gelangt. Bei den Nahrungsmitteln, die besonders knapp sind, hat der Noternährungsrat noch gewisse Möglichkeiten, Exporte den Bedürfnissen der Einfuhrländer entsprechend zu lenken. Aber der ergebnislose Abschluß der *internationalen Weizenkonferenz* hat gezeigt, daß die früher gehegten Hoffnungen auf eine einvernehmliche Regelung der Preis-Absatzprobleme, die es den Konsumenten gestatten würde, zu beständigen und „normalen“ Preisen ihre Lebensbedürfnisse zu decken, während den Produzenten